

(Abg. Singer.)

Ⓐ protestierte, und gegen den Sklavenhandel trotz des Sturmes, der amerikanischen Farmer angeklämpft hat, ich glaube, so gut wird man auch einmal mit dem Vogelfange in Italien fertig werden. Gerade das möchte ich noch einmal zur freundlichen Erwägung geben: man sollte wirklich versuchen, auf diplomatischem Wege einmal mit dem Vatikan zu verhandeln. Ich glaube, der Einfluß von dort hat mehr Einwirkung auf den Italiener, der strenggläubig ist, als ein Gesetz.

Der Herr Abg. Dr. Hähnel hat gesagt, die Gefahren vermehrten sich immer mehr. Ja, ganz bestimmt! Das soll uns aber nicht abhalten, alles für die Vogelwelt zu tun, was nötig ist. Solange wir nicht eine Abmachung mit den Südstaaten haben und nicht alle Gefahren beseitigen können, so lange müssen wir es uns doppelt angelegen sein lassen, für die Vogelwelt einzutreten.

Meine Herren! Ich kann Ihnen sagen, daß Hunderte von Naturfreunden unseren heutigen Verhandlungen mit Interesse folgen. Ich habe die freudige Überzeugung, daß sie alle von dem Ausfall vollkommen befriedigt sind.

(Bravo! in der Mitte.)

Präsident: Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung: Interpellation des Abg. Castan und Genossen, die von der Polizeibehörde zu Plauen i. B. gegen das Streikpostenstehen angeordneten Maßregeln betreffend. (Drucksache Nr. 320.)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„Ist der Königl. Staatsregierung bekannt, daß die Polizeibehörde in Plauen i. B. der Arbeiterschaft das gesetzlich gewährleistete Recht des Streikpostenstehens durch örtliche Polizeimaßregeln unmöglich macht?“

Was gedenkt die Königl. Staatsregierung zu tun, um diesen Zustand zu beseitigen?“

Ich frage die Königl. Staatsregierung, ob sie bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

(Staatsminister Graf Bixthum v. Eckstädt: Ich bin bereit, die Interpellation zu beantworten.)

Die Königl. Staatsregierung ist bereit.

Ich erteile das Wort zur Begründung der Interpellation dem Herrn Abg. Winkler.

Abg. **Winkler:** Meine Herren! Die Verteuerung aller Existenzmittel und die Verteuerung der Lebenshaltung bedingt heutzutage, daß auch die Arbeiterschaft ihrerseits, wenn sie nicht ihrem Ruin entgegengehen

will, dafür sorgen muß, ihre Lohnverhältnisse in etwas zu verbessern. Dieses Bestreben ist sehr lobenswert. Nachdem der Staat als solcher ein großes Interesse daran hat, dafür zu sorgen, daß seine Angehörigen sich in diesem Staate wohl fühlen, und nachdem weiter ganz leicht anzuerkennen ist, daß der Staat ein Interesse daran hat, daß seine Bewohner möglichst gute Einkommensverhältnisse haben, ist es auch zu verstehen, daß unsere Ansicht, die Ansicht der Sozialdemokratie die richtige ist, wenn sie sagt, der Staat müsse alle diejenigen Bestrebungen der Arbeiter, welche auf Verbesserung ihrer Lebenslage hinzielen, unterstützen. Wenn wir uns aber die Entwicklung bei uns ansehen, wenn wir die Stellungnahme des Staates und der einzelnen Behörden gegenüber den wirtschaftlichen Kämpfen ansehen, finden wir, daß weder die Regierung noch die einzelnen Behörden jemals diese Bestrebungen der Arbeiter unterstützt haben. Ja im Gegenteil, die Arbeiterschaft hat in den meisten Fällen wahrnehmen müssen, daß ein bestimmter Teil der Behörden und zu einem gewissen Teile auch die Regierung selbst sich diesen Bestrebungen der Arbeiter hindernd in den Weg stellt.

Die organisierte Arbeiterschaft ist dies aus den verflochtenen Tagen und Lohnkämpfen gewöhnt. Die Arbeiterschaft mußte es sehr oft erleben, daß die Behörden und zu einem bestimmten Teile auch die Regierung sehr parteiisch gegenüber der Arbeiterschaft verfahren ist. Aber alles bisher Dagewesene übersteigt wohl das Vorgehen der Polizeibehörde in Plauen. Jedes Maß und jede Berücksichtigung der Wirklichkeitsverhältnisse ist bei der Plauenschen Polizeibehörde zu vermissen. Diese Tätigkeit der Plauenschen Polizeibehörde ist nicht erst in den jüngsten Tagen zu verzeichnen, nein, wenn wir die Lokalgeschichte Plauens an unserem Auge vorüberziehen lassen und besonders auch die Tätigkeit der organisierten Arbeiterschaft in Plauen berücksichtigen, so sehen wir, daß, wenn die Plauensche Arbeiterschaft einmal versucht hat, durch Lohnkämpfe dasjenige zu erreichen, was ihr dank des Nichteinsehens der Notwendigkeit von Lohn erhöhungen durch die Unternehmer nicht freiwillig gegeben worden ist, daß dann vom ersten Tage an die Plauensche Polizei auf dem Posten gewesen ist und vom ersten Tage an die Partei des organisierten Unternehmertums, ja auch die Partei des einzelnen Unternehmers ergriffen hat. Aber ganz besonders die letzten Vorgänge bei dem Kampfe der Textilarbeiter im Weber- und Tamburierberuf ist die Tätigkeit der Polizei, die gegenwärtig ausgeübt wird, so, daß sie uns als